

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeüller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeüller-Verbandes

Nr. 6 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 2 Jannowh 2420

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 10. Februar 1928

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928!

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März-April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des AfA-Bundes

in den Monaten Februar-März 1928

gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Dieserjenige Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einmütigkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Maßgebend für die Durchführung der Wahlen

sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig

1922 (Protokoll S. 419/420) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen.

Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen

und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortskartelle von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung von Werkvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die unorganisierten auszukühdren und zu tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole

für die Betriebsrätenneuwahlen 1928 ist:

**Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten!
Gegen Wertgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampftrah der Arbeiterklasse!**

Berlin, den 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Allgemeiner freier Angestelltenbund

Vor neuen Kämpfen!

Die deutsche Bedermwarenindustrie gehört zu den Besten, die schon in der Vorkriegszeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den größten Teil der Berufsangehörigen karitlich geregelt hatten. Die industrielle Entwicklung im Bedermwarengewerbe führte die Arbeiter mehr und mehr in größeren Betrieben zusammen und schuf hierdurch den natürlichen Boden für gemeinschaftliches Vorgehen. Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre haben wir starke Bestrebungen für einheitliche Entlohnung aller Arbeiter im Bedermwarengewerbe. Ende 1912 arbeiten bereits 9882 Personen in der Bedermwarenindustrie, 248 Personen in der Geschirr- und Sattlerbranche und 980 Personen in der Militärfellebranche zu karitlich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nach Ausbruch des Krieges erfolgte am 2. Dezember 1914 die Gründung des Bedermwarenrüstungsverbandes, dessen erste Tat die einheitliche Neuverteilung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das gesamte Reichsgebiet war. Nach der Beendigung des Krieges vollzog sich die Umstellung der Industrie zur Friedensarbeit. Um diese Zeit fand der Bedermwarenrüstungsverband zum Reichsverband (lebhaft unterstützung, und so haben wir Ende des Jahres 1918 und anfangs des Jahres 1919 die Vorarbeiten zur Neuverteilung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der zweiten Grundfrage eines alles umfassenden Reichsarbeitsgesetzes begonnen.

Am 1. Oktober 1919 trat dann der Reichsarbeitsgesetz für die deutsche Bedermwarenindustrie in Kraft. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung dieses Reichsarbeitsgesetzes, die Anfang Oktober 1922 stattfanden, lag ein Schreiben der Vertreter

des Bundes deutscher Bedermwarenfabrikanten, die Berlin, vor mit der Erklärung, daß der Bund nicht weiter gewillt sei, am Reichsarbeitsgesetz teilzunehmen und sich deshalb an den Verhandlungen nicht beteiligen werde. Der Mandatvertrag kam für die Anhänger der Offenbacher Richtung wieder zustande. Für Hessen, Kurhessen, Rheinland-Westfalen, Thüringen, Sachsen-West und Norddeutschland wurde der Lohn zentral geregelt, während Bayern und Württemberg ihre Lohnverhandlungen gesondert führten. Der Bundesvertrag für die Mitglieder des Bundesgebietes umfaßte Berlin, Brandenburg, Sachsen, Ostpreußen, Ostdeutschland, Pommern, beide Mecklenburg und die Provinz Sachsen mit Anhalt, ferner den Bezirk München und führte anfangs die Lohnverhandlungen für das ganze Vertragsgebiet zentral. Schon während der Vertragsdauer des Bundesarbeitsgesetzes splittierten einzelne Landesstellen ab und bildeten besondere Lohngebiete.

Der Abbruch der beiden großen Verträge brachte weitere Abzweigungen. Es scheint so, als wenn die Zersplitterung des Deutschen Reiches in Bundesstaaten und die Unterstellung Preußens in Provinzen, unseren Arbeitgebern in der Bedermwarenindustrie als Vorbild zu weiterer Zersplitterung der Verträge dient. Zurzeit bestehen für die Industrie acht zentraler Mandatverträge und einige weitere örtliche Abkommen. Dieselben zerfallen wieder in eine weit größere Zahl von Lohngebieten, in denen separat über die Löhne verhandelt und abgeschlossen wird.

Weiter hat uns diese Entwicklung nicht allein die zurzeit bestehende Zersplitterung der Tarifgebiete gebracht. Sie war begleitet von dauernden Vorstößen der Arbeitgeber, um die Errungenschaften des Reichsarbeitsgesetzes abzubauen. Infolge der Inflation und der großen wirtschaftlichen Erschütterungen, denen wir in den letzten Jahren ausge-

setzt waren, gelang es nicht immer, diese Verträge erfolgreich abzuwehren. In der Heimarbeitfrage, bei den Ferien und auch verschiedenen anderen Tarifpositionen mußten mannhafte Verschlechterungen hingenommen werden. So ist es zu verstehen, wenn in Kollegentreifen der Wunsch laut wird, das Verlorene wieder zu erringen.

Der Hauptvorstand hat den Berliner Bundesarbeitsgesetz kündigt. Auch der Tarif für Rheinland-Westfalen ist kündigt worden. Andererseits haben die Arbeitgeberverbände für das Offenbacher Vertragsgebiet ihrerseits den Offenbacher Mandatvertrag kündigt. Man kann sich des Bedauerns nicht erwehren, daß hinter dieser Kündigung der Gedanke steht, weitere Zerlegungen des Offenbacher Vertrages in Einzelverträge zu vollziehen.

Nichts kann für die gesamte Bedermwarenindustrie schädlicher sein wie derartige Experimente. Der Tarifgebote hat sich bewährt. Trag vieler Klagen aus den Reihen unserer Arbeitgeber, daß die Betriebe zum Erliegen kommen müßten, ist es ihnen immer besser gegangen. Der Wirtschaftsaufschwung im Jahre 1927 hat auch der Bedermwarenindustrie reichen Segen gebracht. Die Herren haben die Situation meisterhaft ausgenutzt und können auch für die Zukunft einen mannhafte verbesserten Mandatvertrag und höhere Löhne, als zurzeit gezahlt werden, gut tragen.

Gerade die Vorgänge, die wir im Jahre 1927 in der Bedermwarenrüstungsindustrie beobachten konnten, sollten den Herren Fabrikanten eine Lehre sein. Ohne einheitliche Richtlinien droht der Industrie dauernd die Gefahr maßloser Preisdrückereien seitens gewissenloser Wucherer. Die Heeresausüstungsfirmen haben diese Gefahr rechtzeitig erkannt und gemeinsam mit der Arbeitnehmerorganisation Grundzüge für das ganze Reich aufgestellt.

um ein weiteres Abgleiten zu verhindern. Durch die ganze Leberwarenindustrie geht die Klage über Schleuderangebote mancher Firmen. Ein gut ausgebautes Tarifvertragsmodell, das die Produktionsgebiete erschließt, ist der einzige Damm gegen weitere Preisveränderungen.

Die Kollegen und Kolleginnen werden alles einlegen, um wieder einen solchen Vertrag zustande zu bringen. Sie müssen doppelt auf der Hut sein und alle Kräfte anspannen, um das gesteckte Ziel zu erreichen und unberechtigte Forderungen der Arbeitgeber abzuwehren. Ist die Kollegenschaft reflexlos geschloffen, dann wird uns nichts daran hindern können, das als richtig erkannte Ziel zu erreichen.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, schließt die Reihen. Holt die letzten fernstehenden Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern heran zum Verband. In den nächsten Wochen werden die beruflichen Vertreter des Verbandes zusammenzutreten, um über die Wege zu beraten und neue Forderungen zu fixieren. Mehr wie je gilt es, die gewerkschaftliche Disziplin zu wahren und die Waffen für den bevorstehenden Kampf zu schärfen. Der einzelne darf nicht gegen die Interessen der Gesamtheit handeln, die Gesamtheit muß für jeden einzelnen eintreten.

Der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Die Metallarbeiter von Halle, Anhalt und Magdeburg haben immer wieder versucht, die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zu bessern. Die Arbeitgeber nahmen eine ablehnende Haltung ein. Bei Ablauf des Lohnabkommens wurde dem Metallindustriellenverband die Forderung auf eine allgemeine Lohnhöhung von 15 % pro Stunde unterbreitet. Bevor das Lohnabkommen abließ, griff die Unternehmervertretung veranlaßt, schon der Schlichter in Magdeburg ein. Die Unternehmer erklärten eine Lohnzulage für unmöglich. Darauf erfolgte ein Schiedsspruch, der den Spitzenlohn um 3 % erhöhte. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten diesen Schiedsspruch ab. Aber auch die Metallindustriellen ließen erkennen, daß für sie eine solche Lohnhöhung nicht tragbar sei. Nach einigen Tagen hatten jedoch die Vertreter der Metallindustriellen die Verbindlichkeitsklärung dieses untragbaren Schiedsspruches bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt. Die Arbeiter ließen, wo sie immer eine Möglichkeit dazu hatten, erkennen, daß sie dieses Mal ernstlich gewillt seien, eine wirkliche Lohnhöhung zu erlangen. Nachdem die Bemühungen im Reichsarbeitsministerium, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, gescheitert waren, lehnte der Reichsarbeitsminister den Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeitsklärung ab.

Am 16. Januar wurde durch Abstimmung sowohl in Magdeburg, Halle, Thale und Anhalt der Streik beschlossen. In dem Tarifgebiet in Anhalt wurde beschlossen, die Kündigung sofort einzufrieren. Am 17. Januar wurde der Lohnkampf eröffnet und legten zunächst etwa 14 000 Metallarbeiter die Arbeit nieder. Nacheinander beschloffen die Unternehmer die Kampffront zu erweitern und sämtliche Arbeiter der mitteldeutschen Metallindustrie auszusperren. Im Zusammenhang damit sind auch die Zunterswerke in Dessau stillgelegt worden. Zur Verschärfung des Kampfes trägt ferner bei, daß die rheinisch-westfälischen Industriellen in den Kampf einzutreten gedenken und eine Unterfütterung der mitteldeutschen Arbeitgeber aus dem Kampffonds der rheinisch-westfälischen Industrie in Aussicht gestellt haben. Die Zahl der am Kampf Beteiligten liegt noch nicht genau fest, dürfte jedoch bereits die 50 000 weit überschreiten. Auch unsere Kollegen hier, wie ja schon aus den Mitteilungen unserer Zeitung zu entnehmen war, in Emmendorf bei Halle a. d. S., Magdeburg, Dessau und Zerbst an dem Kampf beteiligt.

Sie bleiben sich immer gleich.

In dem rasenden Tempo unserer Zeit, in der man von nichts anderem mehr schwärmt als von der „Rationalisierung“ der Arbeit, bleibt oft nicht Zeit des Rückschauens. Unser ganzes Leben ist eingestuft auf den Tag, der sich uns immer wieder von einer neuen Seite zeigt, und der uns in seiner Vielgestaltigkeit immer schärfer auf den Weg achtet, auf dem wir schreiten. Der Arbeiter soll ausgeglichen werden wie eine Zitrone, um dann fortgeworfen und durch andere Arbeitsträfte ersetzt zu werden. Und ein großer Teil der Arbeiter selber, der noch nicht zum vollen Erwachen gekommen ist, nimmt dieses Leben als etwas „Gottgewolltes“ hin, weil er meint, daß es auf „ihn“ ja dabei nicht ankomme. In Hunderten von Variationen wird dem Arbeiter in seinem Deib- und Magenblatt, das leider zum weitaus größten Teile das „gut bürgerliche“ Sensationsblatt ist, von der Not der Unternehmerrisse erzählt, die ihre Betriebe, zum Teil mit erheblichen Verlusten, nur aufrechtzuerhalten, um den lieben Arbeiter zu beschäftigen.

Wenn der Arbeiter im allgemeinen auch weit entfernt ist, an dieses moderne Märchen zu glauben, so soll doch durch die innerwühlende Steigerung dieser Dinge sein Widerstandsfähigkeit heraufgeholt werden, damit er ohne zu murren kein Wächchen Sorge weitertrage. Mandarnt bringt aber auch das wahre Gesicht dieser, den Arbeiter ausbeutenden Menschenart durch, und sie schwingen sich auf, das Rezept zu vertrauen, wie man aus der Verleumdung herauskommen kann. Eines dieser Rezepte hat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 21. September 1927 verraten, indem sie auf die Frage: Wie werde ich reich? antwortete: „Wenn ein junger Mensch mit 14 Jahren zu arbeiten anfängt und jeden Monat 10 Mk. zurückerhält, die mit 8 Proz. verzinst werden, so hat er im 30. Lebensjahr 7802 Mk.“

Wenn er dann ein Mädchen heiratet, das gerade so zurückgelegt hat, dann haben sie zusammen 15 604 Mk. Ist das nicht interessant? Ein solches Mädchen kann dem Mannlebenswagewitz mit Freuden entgegensehen. Die Frau kann ohne Sorgen zu Hause bleiben, sie haben ja allein 1248 Mk. Zins zu verbräuben, und wenn sie das Kapital angreifen, schadet es auch nichts, für solche Zeiten ist es ja aufgeparkt.“

Eisenpreiserhöhung und Lohnpolitik.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 18. Januar ein Protestschreiben gegen den Betrag an den Eisenarbeitern an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in welchem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister! Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen unsere schweren Bedenken und unsere Proteste gegen die von der Industrie beschlossene Erhöhung der Preise für wichtige Eisenprodukte zum Ausdruck zu bringen. Die eisenerzeugende Industrie hat an der guten Wirtschaftslage in reichem Maße teilgenommen. Sie konnte weitgehend auf Ausfuhr zu den niedrigen Weltmarktpreisen verzichten, weil die Kaufkraftfähigkeit des Inlandsmarktes den Absatz ihrer Erzeugnisse zu den höheren deutschen Preisen sicherte. Ihr Erlös hat sich im Durchschnitt um 20 Proz. je Tonne ihrer Erzeugnisse gesteigert. Als im Sommer 1926 die Rohstoffpreise abgeschrieben wurde, versuchte die Industrie die Defizitlastigkeit durch das Verprechen zu beruhigen, für einen Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und Inlandpreis sorgen zu wollen. Das Gegenteil ist eingetreten.“



Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Ueberzeugung haben oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt in einer schwachen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchsuchen, die eigene Ruhe und Behaglichkeit den gewaltigen Fragen vorziehen, von denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt und so die Pflichten verraten, welche wir dem Vaterlande schulden. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Irrtümer, für alle Ueberzeugungen, sie hat keine für die Ueberzeugungslosigkeit.



treten. Schon jetzt liegen die Inlandpreise etwa um 30 Proz. über den Weltmarktpreis... Als der Schiedsspruch in der Schwerindustrie gefaßt wurde, rechnete man zweifellos auf keine Seite mit einer Preiserhöhung. Denn sonst hätte der Reichsarbeitsminister in der Auslegung seiner Verordnung den Wünschen der Industrie nicht so weit entgegenkommen können. Auch der Schlichter hätte sonst die Verbindlichkeitsklärung für eine so lange Zeitspanne höchstwahrscheinlich nie ausgeprochen. Die Preiserhöhung geht über die durch Veranordnung und Schiedsspruch herbeigeführte materielle Belastung weit hinaus. Dadurch ermöglicht es die Industrie in volkswirtschaftlich nicht so rechtfertigbarer Weise unrationellen oder rückständigen Unternehmern, ihre Betriebe weiterhin aufrecht zu erhalten. Alle diese Gründe sollten Sie, Herr Reichswirtschaftsminister, veranlassen, zum Schutze der deutschen Wirtschaft und zur Verteidigung der deutschen Sozialpolitik die Eisenpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzutreten. In erster Linie dürfte sich die Anwendung der Kartellverordnung empfehlen, die Ihnen, Herr Minister, zum Schutze der deutschen Wirtschaft in die Hand gegeben worden ist. Darüber hinaus muß unseres Erachtens jetzt die sofortige Aufhebung oder eine erhebliche Senkung der Eisenzölle herbeigeführt werden. Endlich zwingt die Tatsache, daß die Eisenindustrie ihre Monopolstellung auf dem Inlandmarkt zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausnützt, dazu, nacheinander die schon einmal verordnete gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen.“

Die Gewerkschaften aller Richtungen für Beibehaltung des bisherigen Systems der Gefrierfleischversorgung.

Die Gewerkschaften aller Richtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Irtz-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gewerkschaftsjung, Deutscher Gewerkschaftsbund) haben am 31. Januar in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Beibehaltung des bisherigen Systems der Gefrierfleischversorgung, also des zollfreien Kontingents, gefordert. Diese Forderung wird damit begründet, daß die Enquete-Kommission eine Reihe von Maßnahmen vorge schlagen hat, um die aufzubehalten Mißstände zu beseitigen, daß der Gefrierfleischbeitrag des Ministeriums sich auf den Boden dieser Vorschläge gestellt hat, und daß ferner in Wälde der endgültige Zolltarif aufzustellen ist, bei dessen Beratung die Gefrierfleischfrage zweifellos erneut zur Debatte kommen werde. Gleichzeitig wird die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zum Gefrierfleischausschuß des Ministeriums angefragt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„An den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin.“

Durch eine Sonderöffentlichung des Enqueteausschusses (Unterausschuß für Landwirtschaft) waren erhebliche Mißstände in der Gefrierfleischversorgung festgestellt worden. Der Ausschuß hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrsystems vorgeschlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die festgestellten Uebelstände zu beseitigen. Der Ausschuß für Gefrierfleisch hat sich gleichfalls mit diesen Fragen beschäftigt und Maßnahmen gутgegeben, die sich mit den Vorschlägen des eben erwähnten Unterausschusses decken. Unter diesen Umständen erscheint es den unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überflüssig und im Interesse der minderbemittelten Volksschichten zusehr sogar schädlich, das bisherige — und nacheinander verbesserte — System durch Systemänderung dort im Augenblick um so eher abgelehnt werden, als einerseits die Unterfertigung des Enqueteausschusses noch nicht beendet sind, andererseits in ablehnbarer Zeit der neue Zolltarif aufzustellen ist und bei dieser Gelegenheit zweifellos die Gefrierfleischfrage erneut zur Verhandlung stehen wird.

Behauerlicherweise sind die gewerkschaftlichen Spitzenverbände im Gefrierfleischausschuß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht vertreten, obgleich die diejenigen Schichten repräsentieren, für die die Gewerkschaften im Gefrierfleischgebrauch gedacht worden waren. Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieser Fehler alsbald behoben wird, und bitten Sie, Herr Minister, zu den Sitzungen dieses Rates und zu allen Beratungen über diese Fragen künftig auch die unterzeichneten Organisationen einzuladen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, geg.: Leipzig.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund, geg.: Städt.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, geg.: Falkenberg.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, geg.: Bernh. Ott.
- Gewerkschaftsjung deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, geg.: Neustadt.“

Ist diese soziale Fürsorge nicht rührend?

Nun wissen wir also endlich, woran die Arbeiterschaft krankt, und daß das, was wir bisher der Arbeiterschaft von der Wertungstheorie gelagt haben, vollständig falsch ist. Selbstverständlich sind die oberen Zehntausend einmal eben so arm wie wir gewesen, und nur durch eine ausgeglichene Sparpolitik haben sie es zu etwas gebracht.

Aber da meldet sich in uns der alte Zweifler und Rädler, der den Glauben an die Ewigkeit der Menschheit fast verloren hat. Wir spüren den Dingen einmütig etwas näher nach, sehen uns ein paar Stunden in ein Archiv, um in den Chroniken früherer Jahrhunderte zu stöbern, und den Anfängen des Emporkommens nachzugehen. Ja, wirklich, man hat damals „sehr sparsam“ gelebt. Wir wagen uns natürlich nicht an die Könige und Fürsten heran, denn diese „Gottgewollten“ und „Gottbegnadeten“ waren immer besondere Menschen. Aber mit einem grimmigen Humor notieren wir uns doch, daß an der Hochzeit des Vektors der Schulpfortis bei Naumburg nicht weniger als 138 „wohlbesetzte“ Tische mit Gästen vorhanden waren. Und als Welt Gumblinger, ein reicher Bäcker zu Augsburg, im Jahre 1493 seine Tochter an einen Zinnschloßer verheiratete, da brauchten sie: 20 Ochsen, 42 Zickeln, 500 Stück allerlei Federroh, 30 Hirsche, 15 Auerhühner, 46 gemästete Kälber, 900 Würste, 93 Maßschmalz, 25 Pfauen, 1006 Gänse und 15 000 Stück Fische. Zu derselben Zeit ging es aber auch dem damaligen Proletariat sehr schlecht. Während an den Höfen der deutschen Fürsten und der Junker an äppeligen Tafeln gespeist wurde, mußten sich die Hofbedienten „mit schwarzem Brot, sauren oder stinkenden Fischen, zudem Kuh- oder Ziegen- oder gar Bürenfleisch und mit fast ungenießbaren Hülsenfrüchten begnügen“. (Weylers, historische Vergleichung der Eiten und Verfassungen des Mittelalters. 2. Band S. 63 u. ff.)

Sa du liebe Zeit, das ist doch aber auch kein Vergleich, höre ich da sagen, diese Dinge liegen doch ein paar hundert Jahre zurück und sind heute nur noch als Anekdoten zu betrachten. Heute liegen doch die Verhältnisse so, daß die deutsche Wirtschaft unter den ungeheuren Soziallasten fast zusammenbricht, daß wegen ein paar Pfennigen Lohn-erhöhung zehntausender der Untergang der deutschen Industrie erfolgt, und daß man gezwungen ist, wegen einer Lohn-

forderung Tausende von Arbeitern auf das Pflaster zu werfen. Heute krankt die Industrie an einer starken Beherrschung, so daß sie kaum noch zu leben vermag.

Aber da ist schon wieder der alte Zweifler in uns, und zur rechten Zeit bringt auch der „Deutsche Arbeiterbund“ vom 14. Januar 1928 eine Notiz, daß im Hotel Kaiserhof in Berlin ein Silvesterkasperl für 800 Personen angeordnet wurde, und daß in der Küche dazu: „1 Zentner Kavalier, 425 Pfund Seuggen, 100 Puten, zur Herstellung der 24 Zentner, die eigens aus England nach Deutschland transportiert wurde, 25 Pfund frische Perigordtrüffel, 120 gefüllte Äpfel, 1 Zentner frische Ananas, 1/2 Zentner 1 Zentner frische Butter“ gebraucht wurde.

Ist dazu noch etwas zu sagen?

Ist es notwendig, eine Wohnkassette der Arbeiterschaft und eine Gehaltskassette der Direktorengehälter — der elektrifizierten Klymann der „Anag“, eines Konzerns wegen Unschicklichkeit Firmen, der gegenwärtig allerdings Markt sehr geringfügig von nur einigen hunderttausend Jahresgehalt von 400 000 Mk., neben 375 Mk. Reisepfennig aufstellen? Sieht zu nun, du deutscher Arbeiter, daß sie immer gleich bleiben, und daß eine Besserung deiner Lebenslage nur von dir selber kommen kann? Der Sozi: „An der kapitalistischen Gesellschaft richtet sich der Wert des Menschen und sein Ansehen nach der Höhe seines Bankkontos“ ist leider noch immer wahr. Und wenn du es auch nicht gleich zu einem Bankkonto bringen wirst, dann wird doch dein Leben ein anderes werden, wenn du innerlich deiner Organisation deinen Fleiß ausstüllest, wenn du endlich die bürgerliche Presse aus dem Hause wirfst und mit deinen Arbeitgenossen den Weg frei machst, der zu dem eigentlichen Leben führt. Solange du aber im alten Schandrian hinter dem Ofen hochst und die Welt ruhig ihren Lauf gehen läßt, solange hast du auch kein Recht mit der Krugheit deines Lebens unzufrieden zu sein.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN



Frauen und Wohnungsnot.

Der Bund deutscher Frauenvereine veröffentlicht ein umfangreiches Wertblatt, das eher als Denkschrift bezeichnet zu werden verdient, über die Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Ausführungen dieses Wertblattes sind so beachtenswert, daß sie weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden sollten. Nach der Reichswohnungsstatistik vom 16. Mai 1927 gab es am Schlusse 660 000 Haushaltungen, die zwar eigene Wirtschaft führen, aber keine selbständige Wohnung besitzen, und 240 000 Familien, die keine eigene Wohnung besitzen und auch keine Wirtschaft führen. Die Zählung erstreckt sich auf die Bevölkerung von 8050 Gemeinden, das heißt, 43 Millionen Einwohner in rund 11 Millionen Wohnungen. Für die nicht erfassten, vorwiegend ländlichen Gemeinden kommen schätzungsweise weitere 100 000 Familien ohne eigene Wohnung in Betracht. Wir haben also in Deutschland rund eine Million mehr Familien als Wohnungen! Durchschnittlich jede 13. Familie hat keine eigene Wohnung.

Vor dem Kriege zählte man 2 bis 3 Proz. über den Bedarf hinaus ständig leerstehende Wohnungen. Die Ursachen des Wohnungsnot sind: der gesteigerte Wohnungsbedarf infolge der zahlreichen Eheschließungen in den ersten Nachkriegsjahren, der Ausfall der Bautätigkeit von 1914 bis 1924 und das Einströmen von etwa 150 000 Flüchtlingen in das verkehrte Reichsgebiet. Sehr verschärft wird die Wohnungsnot ferner dadurch, daß die vorhandenen Altmwohnungen, und zwar ganz besonders die kleinen und kleinsten, in der Kriegs- und Nachkriegszeit aus Mangel an Hausreparaturen fast durchweg in schlechtem Zustand geraten, viele von ihnen garabzu verfallen sind.

Nur ein großzügiges Siedlungs- und Bauprogramm kann die unerträgliche Wohnungsnot mildern. Die zur Finanzierung des Wohnungsneubaus eingeführte Haussteuer ist leider im Frühjahr 1924 in ihrer Wirkung sehr eingeschränkt worden, nachdem das Reich die Häuserbesitzer ermächtigt hat, ihre Erträge auch für andere öffentliche Ausgaben zu verwenden, die nichts mit der Erzielung von Wohnungen zu tun haben. Im Frühjahr 1928 konnte der Reichstag sogar die Haussteuer völlig streichen. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß in den einzelnen Gemeinden ein größerer Teil der aus Steuern, besonders der Haussteuer, und Ähnlichem zur Verfügung stehenden Mittel dem Wohnungsbau zufließt.

Was können die Frauen zur Erreichung dieses Zieles tun? „Ede Stadtverordnete“ — so heißt es in dem Wertblatt — „hat das Recht und die Pflicht, den Etat der Gemeinde nach dieser Richtung zu kontrollieren, jede Steuerzahlerin das Recht, von den durch ihre Partei gewählten Gemeindevertretern bzw. bei Neuwahlen von den aufgestellten Kandidaten Auskunft und Rechenschaft über diese Punkte zu verlangen.“ Wichtig sind unter anderem folgende Fragen, über die man sich in jeder Gemeinde erkundigen muß: Soll man mit dem billigen Baugeld der Gemeinde viele Wohnungen bauen, die aber, da die

einzelne Wohnung nur einen geringen Zuschuß bekommen kann, einen dauernd teuren Mietpreis verlangen, oder soll man lieber wenige Wohnungen mit dauernd niedrigem Mietpreis errichten? Wie weit dürfen die Anforderungen an den Wohnungsbau herabgesetzt werden, damit mehr Häuser errichtet werden können? Wie können Baupreis und Grundstückspreis (durch Normierung, Vereinfachung öffentlicher Geländes usw.) verringert werden?



**Gerade halton!
Sonst schädigst du deine
Gesundheit!**

Die Frau kann nicht nur als Wählerin und Steuerzahlerin einen politischen Einfluß auf das Baugeschehen ausüben; sie kann auch immer wieder das öffentliche Gewissen auf die in ihrer Gemeinde herrschenden Wohnungsstände hinweisen und in den Ausschüssen mitwirken, um auch in praktischen Fragen ihre Erfahrungen zur Geltung zu bringen. Es wäre wünschenswert, daß die Siedlungs- und Bauprogramme eine oder mehrere Frauen mit dem eingehenden Studium der örtlichen Wohnverhältnisse und der Möglichkeiten ihrer Verbesserung beauftragt, damit jederzeit eine größere Organisation mobil gemacht werden kann, und Stellung zu nehmen und praktisch eingreifen. Die Frau hat das denkbar größte Interesse daran, daß menschenwürdige Wohnverhältnisse geschaffen werden; denn das Haus ist ihre Arbeitsstätte, das Feld ihrer Tätigkeit als Hausfrau. Die herrschenden Zustände zermürben die Nervenzustände der Frau und entziehen ihr den Boden, auf dem ein glückliches Familienleben gestalten könnte. Deshalb sollten alle Frauen die Anregung aufgreifen, die in dem Wertblatt (zu beziehen durch Frau Alice Benschneider, Mannheim, L. 12, 18) gegeben werden.

Aus einer alten Parlamentsdebatte.

Am Mai 1846 kritisierte man im englischen Parlament über das „Sehntündengesetz“ für Jugendliche und Frauen. Der Historiker Macaulay rief den Gegnern zu:

„Wenn einer Argument richtig ist, dann befähigt doch der Ruhetag, arbeitet auch Sonntags, damit die Nation noch „reicher“ werde.“

„Die Summe der Sonntage in 300 Jahren beläuft sich auf 50 Jahre unserer Arbeitstage. Wir wissen, was Fleiß in 50 Jahren vollbringen kann. Wir wissen, welche Wunder die Arbeit in den letzten 50 Jahren schuf. Die Argumente meines ehrenwerten Freundes (des Parlamentsmitgliedes Ward, der behauptet hatte, die Sehn-Stunden-Bill, also die Beschränkung der Arbeitszeit, untergrabe den Wohlstand Englands) führen uns zu dem Schluß, daß, wenn nicht während der letzten 300 Jahre der Sonntag ein Tag der Kraft gewesen wäre, wie ein viel reicheres, ein viel glücklicheres Volk geworden wäre als wir es sind, und daß es der Arbeitertalfe sehr viel besser ginge als heute. Aber glaubt er, glaubt irgendein anderes Mitglied dieses Hauses wirklich, daß solches tatsächlich der Fall gewesen wäre? Ich für meinen Teil habe nicht den leisesten Zweifel, daß, wenn wir und unsere Vorfahren an den Sonntagen der letzten 300 Jahre so hart gearbeitet hätten wie an den Werktagen, wir heute ein ärmeres und ein viel weniger glückliches Volk wären als wir es sind, daß wir weniger produziert hätten als wir haben, daß des Arbeiters Lohn niedriger wäre als er ist, und daß an unserer Stelle irgendeine andere Nation heute Baumwollen-, Wollen- und Stahlwaren produzieren würde für die ganze Welt... Wir sind nicht ärmer, sondern reicher geworden, weil wir seit 300 Jahren von je sieben Tagen einen Tag von unserer Arbeit rasteten. Dieser Tag war kein Verlust. Während unsere Kraft ruht, der Pflug in der Furche liegt, die Bäume gedulden sich und kein Raub dem Fabrikfeuerstein entweicht, vollzieht sich ein Prozeß, der ebenso wichtig für den Reichtum der Nation ist als irgendein Prozeß, der in geschäftigen Tagen vollführt wird. Der Mensch, die wichtigste aller Maschinen, eine Maschine, mit der im Vergleich die Erfindungen von Watt und Arkwright wertlos sind, wird wiederhergestellt und aufgepeppt, damit er am Montag zu seiner Arbeit zurückkehrt mit klarerem Hirn, heilerem Verstand und erneuter körperlicher Kraft. Ich werde nie glauben, daß etwas, das ein Volk stärker, gesünder, klüger und besser macht, zugleich ärmer machen kann... Wenn wir je gewungen sind, den ersten Platz unter den konnerziellen Völkern der Welt aufzugeben, so werden wir ihn nicht abgeben an ein Volk von degenerierten Zernern, sondern an irgendeine starke Nation, die herorraegen ist an Geist und Körper.“

Zeige mir deine Blüher, und du zeigst mir deine Seele.
Rudwig Wittmann.

Genossenschaften und Gewerkschaften.

In einem Aufsatz über Umfah in den Konsumgenossenschaften und Reallohn in den Gewerkschaften von dem bekannten Genossenschaftler Franz Feuerstein ist in Nr. 47 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ u. a. folgendes gesagt: Es kommt darauf an, zu zeigen, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in hohem Maße geeignet ist, eine Reinigung der Wirtschaft und eine Preisgestaltung entsprechend den natürlichen Produktionskosten herbeizuführen und durch Konzentration der Kaufkraft die Antriebe der Produktion und der Warenverteilung auf das geringstmögliche Maß zu senken. Aber auch die Konsumgenossenschaftliche Theorie kann nur unter der Voraussetzung ihrer Erkenntnis durch die Praxis ausgereift werden, nur durch die Praxis der Kaufkraftbewegung in der Wirtschaft. Die Konzentration der Kaufkraft ist die Voraussetzung für die Konzentration der Kaufkraft. Die Kaufkraft muß nicht nur konzentriert, sondern auch — vertriebt werden. Damit kommt man auf den Punkt, wo der Kaufkraftbewegung von entscheidender Bedeutung sein kann für einen Hochtrieb der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft, und zwar gerade im Sinne ihrer eigenen Wirtschaftspolitik. Die Konzentration der Kaufkraft ist die Voraussetzung für die Konzentration der Kaufkraft. Die Kaufkraft muß nicht nur konzentriert, sondern auch — vertriebt werden. Damit kommt man auf den Punkt, wo der Kaufkraftbewegung von entscheidender Bedeutung sein kann für einen Hochtrieb der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft, und zwar gerade im Sinne ihrer eigenen Wirtschaftspolitik.

Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen im ersten Interesse ihrer Mitglieder von sich darauf hinwirken, daß die Kaufkraft des Arbeitervereins im weitesten Ausmaße konsumgenossenschaftlich verwertet wird, worauf schon der Breslauer Gewerkschaftsorgan (September 1925) mit einer Entschließung hinwies. Solche Worte sollten in die Tat umgesetzt werden: Von den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern — und es sind deren wieder annähernd 5 Millionen in Deutschland — müssen erkennen und dazu durch ihre eigenen Organe erogan werden, daß die Sicherung des Reallohnes und die Gestaltung der

Warenpreise entsprechend den natürlichen Produktionskosten eine Pflicht schon aus Selbstinteresse bildet, welche als wirklich umsetzendes Mitglied in der Konsumgenossenschaft erfüllt werden muß.

Jammer mehr Krankentassen.

Trotzdem es in Deutschland noch über 7000 Orts-, Bands-, Betriebs- und Innungsrankentassen gibt, wird nicht etwa versucht, die im Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung notwendige Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Krankentassen zu erstreben, vielmehr werden noch wie vor eine Unzahl kleiner Innungsrankentassen gegründet. Krankentassen mit 10 bis 30 Versicherten sind gar keine Seltenheit. Wohin das führt, zeigt folgendes Ereignis: Ein Oberversicherungsamt hat vier Innungsrankentassen genehmigt, trotzdem nur insgesamt etwa 60 Mitglieder vorhanden waren. Trotzdem die Reichsversicherungsordnung vorgeschreibt, daß nur dann Krankentassen errichtet werden dürfen, wenn sie lebensfähig sind, wurden diese Zwergtassen vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt genehmigt. Bei den Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen dieser kleinen Tassen stellte sich heraus, daß nicht so viel volljährige Mitglieder vorhanden waren, um die notwendigen Vertreter aufzustellen. Die Handwerkerämter, die umbelegte Innungsrankentassen verwalten wollen, haben sich denn selbst bei den Innungsrankentassen angemeldet und sich als Versichertenvertreter im Wahlprotokoll aufstellen lassen. Solche ungesetzlichen Vorgänge sind nur möglich, weil der preussische Minister diese Sonderbestimmungen duldet, trotzdem die Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit einem Erlass des Reichsarbeitsministers und verschiedenen Urteilen der Spruchbehörden der Reichsversicherung es ermöglicht, diese unverantwortliche Kassensperre zu verhindern, die namentlich für die Versicherten immer größere Schwierigkeiten bringt und die Vermögensausgaben erheblich ansteigen läßt. Auch der Reichstag hat diese Schanden noch nicht erkannt und die Reichsversicherungsordnung noch nicht so ausgebaut, daß eine weitere unverantwortliche Zersplitterung der Krankentassen endgültig verhindert wird.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Am 24. Juni 1928 und den folgenden Tagen findet der Verbandstag des Deutschen Schuhmacherverbandes in Köln am Rhein statt.

Anschließend daran findet am 1. und 2. Juli, ebenfalls in Köln a. Rh., die Sitzung der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter statt.

Der Reichstagsrat der Schuhindustrie zum 31. März gekündigt. Die großen Konjunkturschwankungen der letzten Jahre brachten als unangenehme Begleiterscheinung mit sich, daß die Arbeiter der Schuhindustrie in den Vertrag eine Reihe Verschlechterungen hineinnehmen mußten. Namentlich trit an die Schuharbeiter die Möglichkeit, alle Verschlechterungen aus dem Vertrag zu entfernen und Verbesserungen hineinzubringen. Auf einer Konferenz, die am 23. und 24. Januar in Bern stattfand, beschloßen die Vertreter der Arbeitnehmer in der Schuhindustrie die Kündigung des Vertrages zum 31. März d. J. auszusprechen.

Karl Dürr t. In Bern ist am 16. Januar der hochverdiente Sekretär im Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Karl Dürr, gestorben. Eine schwere Blutergußung rief den hoffnungsvollen Kämpfer, von dem die Gewerkschaftsbewegung noch viel erwarten durfte, aus den Reihen seiner Kameraden. Witten aus der englischen Arbeit wurde er, der erst 53jährige, aberleben. Karl Dürr hat in Freiburg im Breisgau das Licht der Welt erblickt als Sohn eines mit vielen Kindern gesegneten Proletariats, eines Maurers, der hart um die Befriedigung der Lebensbedürfnisse mit den wirtschaftlichen Gewalten ringen mußte. So lernte Karl Dürr schon frühzeitig das Leben kennen, das seinem persönlichen Kämpferdasein jene Richtung gab, die ihn an die Spitze einer ganzen Reihe Körperkämpfer der Arbeiterbewegung brachte. 1908 wählten ihn die Baseler Metallarbeiter zu ihrem Sekretär. 1916 übernahm er die Stelle des Sekretärs im Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Der Ausbau des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu einer achtunggebietenden Spitzenorganisation war in erster Linie sein Werk. Auch aus dem Streikrat des Schweizerischen

Gewerkschaftsbundes wußte er ein muftergültiges Institut zu machen. — Daneben war Karl Dürr bis zu seinem Hin- scheidens Präsident der Metallarbeitergewerkschaft Bern, Präsident der Volkshausgenossenschaft Bern, Mitglied des bernischen Großen Rates, Mitglied des Verwaltungsrates der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt und neuer- dings auch Mitglied des Verwaltungsrates der Bank für Genossenschaften und Gewerkschaften. Auf internationalem Gebiet betätigte er sich ebenso rühmlich im Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund, dessen erweiterten Vorstand er seit Jahren angehört. — Mit dem Dahin- scheidens Dürrs hat die internationale Gewerkschafts- bewegung einen ihrer Besten verloren. Seiner wird ge- dacht werden; sein Name wird eingehen in die Geschichte der Arbeiterbewegung, sie wird ihn ehren.

Korrespondenzen

Berlin. Die am Sonnabend, dem 4. Februar, statt- geundene Urwahl der Angestellten zur Ortsverwaltung Berlin brachte der Liste Amsterdam den Erfolg.
 Liste Amsterdam erhielt 1523 und Liste Opposition 1137 Stimmen. Damit sind die bisherigen Angestellten wiedergewählt.

Frankfurt a. M. Am 29. Januar fand die Jahresver- sammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tages- ordnung und Verlegung auf einen Sonntag hatte man eigentlich einen besseren Besuch erwartet. Die Ver- sammlung gedachte des verstorbenen Kollegen Lehmann in pietätvoller Weise. Den Jahres- und Kassenbericht erstat- tete Kollege Wolter. Ausgehend von günstigen Verhältnissen des Jahres 1926, bietet das abgelaufene Jahr, wenigstens an seinem Ende, kein erfreuliches Bild. Die Arbeitslosig- keit in der hiesigen Ortsverwaltung beträgt zurzeit un- gefähr 30 Proz. Die traurige Lastlage spiegelt sich natürlich in den jetzigen Kassenverhältnissen. In der Lokalfasse ist ein gewisser Fonds angefallen, allerdings wird durch die ungünstige Konjunktur jetzt ein sehr be- trächtlicher Ausfall an Einnahmen zu verzeichnen sein. In der Diskussion kamen vor allem die trostlosen Zustände in den Alterswerken zur Sprache. Dort wirkt sich die Nationalisierung sehr zum Schaden der Kollegen aus, außerdem die Austragsvergebung von Karosserien an aus- wärtige Firmen. Es müssen hier Auswüchse bekämpft werden, wie auch der Zustand, daß unsere Kollegen, auf Grund des Kollektivabkommens, als Lohnarbeiter in diesen Betrieben nicht mindestens den Tariflohn unseres Ver- bandes erhalten. Die sogenannten Leistungszulagen sind ebenfalls zu mißbilligen. Auch die Bedwarenindustrie liegt in Frankfurt sehr darunter. Hierzu hat die Ein- führung von Spezialmaschinen auch stark beigetragen. Für das Tapezierergewerbe wird zum Frühjahr wieder eine Belebung erwartet. Anerkennung fanden die Lösungen sozialpolitischer Probleme, so die Herabsetzung der tarif- lichen Arbeitszeit in verschiedenen Branchen, die Ein- führung der Arbeitslosenversicherung, des Arbeitsgerichts- gesetzes. Bei der Vorstandswahl wird allgemein bedauert, daß Kollege Böhmer den Vorst. nicht mehr angetra- gen. An seine Stelle wird einstimmig Kollege Albert gewählt, als weitere Vorstandsmitglieder die Kollegen: Edwin Koll, Keller, Horst, Kießel und Appel.

Köln. Am 28. Januar tagte unsere ordentliche Generalversammlung. Am selben Abend fand für die Mitglieder der Freien Volkshöhe, bei der auch eine größere Anzahl unserer Kollegen Anwesenden sind, eine Vorstellung im Stadttheater statt, und aus diesem Grunde war der Besuch der Generalversammlung nur mäßig. Nach Eröffnung der Versammlung machte der 1. Vor- sitzende zunächst bekannt, daß der Kassierer, Kollege Walter, am Freitag, dem 20. Januar, plötzlich erkrankte und infolgedessen am Erscheinen verhindert ist. Die Abrech- nung vom 4. Quartal 1927 und die Jahresabrechnung gab der 1. Vorsitzende, und erwähnte, daß auch die Arbeits- losen und Invaliden von unserer Ortsverwaltung eine Weihnachtsbeihilfe erhielten. Zu diesem Zweck wurden 110 M. aus der Lokalfasse veranschlagt. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Anschließend erfolgte ein kurzer Geschäftsbericht des Vor- sitzenden. Nach dem Kartellbericht folgte eine lebhafte Dis- kussion ein aus Anlaß des Beitritts unserer Ortsverwaltung als Gewerkschaft der „Gemeinnützigen Baugenossen- schaft“. Die Kassa des gesamten Verbandes vollzog sich reibungslos; alle bisherigen Vorstandmitglieder, auch unsere zwei weiblichen Mitglieder, wurden wieder in ihre Ämter eingesetzt. Unter „Geschäftliches“ wurden interne Verbandsangelegenheiten beraten, gleichzeitig auch auf die Februar-Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher ein Vortrag: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Sompel- rüchling“ gehalten wird, von einem Kollegen des Metall- arbeiterverbandes (Mitglied der SPD.), welcher an der letzten Delegation der SPD. teilnahm. Schluß der Ver- sammlung um 11 Uhr. Trotz des unbefriedigenden Bes- suches war die Generalversammlung ausfallend und an- regend. H. G.

Reutlingen Am 29. Januar fand im Gewerkschaftshaus die Hauptversammlung unserer Ortsgruppe statt, zu der ungefähr die Hälfte der Mitglieder erschienen waren. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Wahlen, Lohn- verhandlungen, Berichtsbüchlein. Der Kassierer, Kollege A. Wagner, gab den Kassenbericht des letzten Quartals, der sich zu allgemeiner Zufriedenheit in Ordnung befand. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kollege entlassen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter Tagesbewegungen berichtete Kollege J. Müller über die Verhandlungen über die Tribünenerbauung in Stuttgart. Leider sind nur 2 St. Zeit abgefragt worden. In der an- schließenden Debatte bewachte der Vorsitzende, Kollege Fr. Bud, daß man wegen einer solchen Beilege einen solchen Kampf durchzuführen müßte. Unter Berichtsbüchlein wurden Verbandsangelegenheiten besprochen und besonders das Verhalten des früheren Kassierers Köhlins abfällig kritisiert.
 Karl Wochele.

Stettin. Bericht von der Generalversammlung am 20. Januar 1928. Der Vorsitzende Koll. Krause gibt den Ge-

schäftsbericht. Er führt aus: Zu Beginn des Geschäftsjahres herrschte große Arbeitslosigkeit. Für die Tapezierbranche legte die Konjunktur zuerst ein und hat fast das ganze Jahr angehalten wie nie zuvor. Später erfolgten auch in der Auto- und Sportbranche vorübergehende Einfall- punkte. In den Handwerksbetrieben der Sattler hatten wir fast gar keinen Anstoß. Im Laufe des Jahres haben sich einige Kollegen und Lehrlinge zur Organisation gefunden. Es wird unsere Aufgabe sein, auch für diese Gruppe etwas zu schaffen. Es müsse verhindert werden, daß nicht eine Verordnung des Regierungspräsi- denten, wie in Köslin, des „eifss Verlängerung der Arbeits- zeit, Platz greife. Die Beteiligung an den Versammlungen und geselligen Veranstaltungen ließ zu wünschen übrig und wäre Besserung sehr nötig. Für die Tapezierer wurde eine Lohnverbesserung durchgeführt. Auf die Lohnverhält- nisse der Auto- und Sportbranche hat die Ortsverwaltung wenig Einfluß, weil erstere durch den Metallarbeiter-Ver- band, letztere zentral geregelt werden. Den Arbeitslosen konnte aus Lotalmitteln eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 334 M. gegeben werden. Er spricht allen den Dank für fröhliche Mitarbeit aus. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Kirschnir für das 4. Quartal geht hervor, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptliste 2180,50 M. betragen. Der Mitgliederstand beträgt 286, davon 3 weib- liche und 4 Beurlaubte. Gegen Anfang des Jahres 22 Mit- glieder mehr. Dem Kassierer wird Entlassung erteilt. In der Diskussion wird die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt mit einer Ausnahme, wo zum Ausdruck gebracht wird, daß ein positiver Fortschritt nicht zu verzeichnen sei. Im Schlußwort geht Kollege Krause auf diese Ausführungen ein und hebt einige Momente hervor, von denen er eine Belebung im neuen Jahre erwartet. Darauf teilt der Vor- sitzende mit, daß Vorstand und Funktionäre sich mit der Neuwahl befaßt hätten. Die Funktionsprüfung habe sich in Schweigen gehüllt, so daß man nicht weiß, was los ist. Die Verwaltungsmittelglieder stellen ihre Mandate zur Verfügung, sind aber bereit, im Falle der Wiederwahl an- zunehmen. Auf Jurist wird der Vorstand in seiner bis- herigen Zusammensetzung gegen 9 Stimmen wiedergewählt. Auf Anregung wird eine Agitationskommission gewählt. Derselben gehören an: Zwoch, Höpfer, Karow, Vappan. Der Vorstand wird beauftragt, jetzt schon die Lokale für ein Sommerfest und ein Stiftungsfest festzulegen. Eine An- frage, betreffend Errichtung einer Pensionkasse, wird dahin erledigt, dieselbe an die geeignete Stelle weiter- gegeben.
 La p p a n, Schriftführer.

Eingelangt

Reutlingen, den 28. Januar 1928. Ich erlaube mir nun auch einmal die Spalten unserer Verbands- zeitung in Anspruch zu nehmen. Bei Beginn eines neuen Jahres bringt man gegenseitig seine Wünsche dar; auch ich habe einen. Befasse mich (schon längere Zeit, habe es auch in den Versammlungen zur Sprache gebracht, mit der Einrichtung einer Alters- versicherung in unserem Verband. Gehöre dem Verband ununterbrochen 32 Jahre an und bin 57 Jahre alt. In dem Alter sieht man mit einem Fuß in der Fabrik, mit dem andern auf der Straße; da wäre es wohl ergebend, daß für die Mitglieder geordnet wird, wenn sie auf die Straße gesetzt werden, damit sie nicht so ganz mittellos dastehen. Für unsere Angestellten ist ja auch gefordert. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat diese Einrichtung seit einem Jahr und bezahlt, so viel ich weiß, pro Monat 25—30 M. Habe auch schon öfters darüber nachgedacht, warum die freien Gewerkschaften nicht auch schon an die Sache herangetreten sind. Dieses Problem läßt sich nicht auf heute auf morgen lösen, braucht aber auch nicht auf die lange Bank geschoben zu werden. Hopes Handelt und zur Tat übergehen, das ist mein Wunsch. Willst du interessieren sich auch andere Verbandsstellen dafür und ich hoffe, daß dieselben auch ihre Ansicht darüber äußern.
 Fr. Bud.

Büchertchau

„Arbeiter-Sprachzeitung“. Das dritte Heft dieser sozialisti- schen Sprachzeitung, herausgegeben von H. Fuß, des Leiters der Erwerbslosen der Arbeiter und Angehörigen Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Käufer des Abdruckes „Sprachzeitung für Sprachgenossen“, „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Sprachgenossen“, erhält bis zum 1. März 1928 die Haupt- sprachzeitung in der deutschen Sprache. Originaltexte (mit deutscher Erklärung) aus englischen Partei- und Gewerkschafts- zeitungen dienen zur Belehrung und Unterhaltung. Der Preis der 24 Seiten starken Sprachzeitung beträgt für das Vierteljahres- abonnement (drei Nummern) 1 M. — Bestellungen sind zu richten an die Parteibuchhandlungen oder an die „Arbeiter- Sprachzeitung“, Berlin W 57, Seitenstr. 6a.

Unsere Lohnbewegungen.

Streiks und Ausperrungen.
 Durch den Metallarbeiterstreik in Mitteldeutschland sind unsere Kollegen und Kolleginnen bei Lindner, Ammendorf- halle a. d. S. in Mitteldeutschland gezogen. Deswegen die Betriebskassier in Magdeburg, Dessau und Zerbst.
Kolld-Mannemünde. Der Streik im Flugzeugwert heimlich ist beendet.
Heilbronn a. N. Die Karosseriemerke Drogus sind wegen Differenzen gesperrt. Zugang fernhalten! Liebt Solidarität!
Jahresg-Industrie.
 Halle a. d. S. Firma Katho. Der Mindestlohn für Karosseriearbeiter beträgt ab 9. Januar 1928 80 Pf. pro Stunde.
 Berlin. Der Mindestlohn für Karosseriearbeiter beträgt für Facharbeiter der Klasse 1 ab 1. Februar 1,18 M., die Mittelklasse 1,10 M., ab 1. September 1,20 M., die Mittelklasse 1,18 M. Alle anderen Löhne steigen sich prozentual. Das Gesamtabkommen läuft bis zum 31. Dezember 1928.
Cebewaren-Industrie.
 Breslau-Schlesien. Ab 1. Januar 1928 erhöht sich der Mindestlohn für den 23 Jahre alten Facharbeiter auf 82 Pf. pro Stunde.

Lebretreibriemen-Industrie.
 Magdeburg. Ab 15. Januar 1928 erhöht sich der Min- destlohn für Riemen um 5 Pf. auf 0,97 M.
Tapezierer-Gewerbe.
 Magdeburg. Der Tariflohn für Tapezierer erhöht sich ab 15. Januar 1928 um 4 Pf. pro Stunde und beträgt 0,95 bis 1,05 M.

Verbindlichkeitsklärung

des Drebenner Tapeziererartefices nebst Lohnabkommen.
 Berlin W 30, den 16. Januar 1928.
 Schornhorststr. 35.

Der Reichsarbeitsminister:
 III b 4179/7 Zar.

Beglaubigte Abschrift.
 Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Ver- ordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Ge- setzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt S. 67) für allgemeinerbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 a) auf Arbeitgeberseite:
 Tapezierer-Zugangsinnung zu Dresden und Umg-
 Deutscher Möbelfachverband, Ortsgruppe Dresden.
 b) auf Arbeitnehmerseite:
 Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeinler-
 verband, Ortsgruppe Dresden.
 2. Abgeschlossen am a) 21. März 1927, Lohn- und
 Arbeitsvertrag, b) 19. Oktober 1927, Lohnabkommen.
 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Ver-
 bindlichkeit:
 Gewerbetätige Arbeiter in den Betrieben des Tape-
 zierers-, Wollens- und Dekorationsgewerbes (im
 Umfang des § 1 des Tarifvertrages), wo schlep-
 lich Arbeiten der vorgenannten Gewerkeart aus-
 geführt werden.
 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Ver-
 bindlichkeit:
 Stadt- und Amtshauptmannschaft Dresden.
 5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht
 auf § 11 (Schlichtung von Streitigkeiten) des Lohn-
 und Arbeitsvertrages.
 6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wie-
 tung vom 1. Dezember 1927.
 Im Auftrage: gez. Dr. Busse.

Verbandsnachrichten

(Besanntmachungen des Vorstandes der Orts-
 verwaltungen)

Vom 8. Februar bis 12. Februar 1928 ist der 6. Wd abzubetrag fällig.
 Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

beziehung der Redaktion.
 Der erweiterte Vorstand hat in seiner Sitzung am 22. und 23. Januar den Kollegen Bruno Engel zum Redakteur gewählt.

Als Sekretär des Hauptbüros und zum Gauleiter für den Ostgau wurde an die Stelle des Kollegen Engel der Gauleiter Kollege Paul Gehring, bisher für den Gau Rheinland-Besafien tätig, gewählt. Kollege Gehring tritt nach Beendigung seines Kursus an der Mit- schule in Düsseldorf Mitte März seinen Posten an. An dieser Stelle danken wir nochmals allen Kollegen, die sich für den Posten eines Redakteurs gemeldet hatten.
 Der Verbandsvorsitzende, J. A. Blum.

An unsere Ortsverwaltungen!

Warung vor Schwindern.
 Wie uns mitgeteilt wurde, versehen unkontrollier- bare Elemente, die sich mittels gefälschter Papiere als Mitglieder der italienischen Antifaschistischen Konzentration, sich Paris, ausgeben, Unterfertigungen zu erlangen. Un- fundierungen an zuständiger Stelle ergeben, daß der Anti- faschistischen Konzentration keine Personen individuell als Mitglieder angeschlossen sind. Auch werden Mitglieds- karten nicht herausgegeben. Weiset sich eine Person mit einer Karte des Italienischen Gewerkschaftsbundes und verliert Unterfertigungen zu erlangen, so sind sie damit abzuweisen.
 Koffod. Wegen der Wichtigkeit unserer Tagesordnung in der Mitgliederversammlung am 15. Februar, abends 8 Uhr, ersuchen wir alle Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Adressenänderungen

- Melnig. Vorf.: Paul Möbius, Jangasse 13, Arbeiter- sekretariat.
- Obernauisch. Vorf.: Richard Bauer, Baukirch, Siedler- straße 15. Raff.: Friedrich Arnel, Neutrich, Siedlung. Ehen. Vorf.: August Berger, Hebbornallee 91. Zerbst i. Anh. Raff.: Erich Lübbede, Sattler, Woll- brücke 38.
- Albed. Vorf.: Fr. Wollenhauer, Kanalstr. 24. Raff.: Ernst Riedhoff, Follenplatz 8.
- Arselow. Vorf.: Hermann Matien, Goldberger Str. 16. Schmalenstädt. Raff.: Max Köbbing, Eisenstr. 24.
- Eberfeld. Vorf.: Wih. Langen, Eberfeld-Borresend. Waldrieden 14. Raff.: Otto Siebte, Barmen, Alpe 133.
- Cottbus. Vorf.: Emil Schumann, Rollstr. 14.

Sterbetafel

Dresden. Hier starb der Lebretreibriemenmacher, Kollege Otto Pleßig im Alter von 77 Jahren.
 Ehre sei ihm zuwenden.